

BR/GT I/53 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPALISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 27. August 1970

BR/GT I/53/70

- Sekretariat -

AUFZEICHNUNG DER BRITISCHEN DELEGATION

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage Bemerkungen der britischen Delegation zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit einigen Artikeln, die in dem 1970 veröffentlichten Ersten Vorentwurf eines Uebereinkommens sowie in der Arbeitsunterlage BR/GT I/10/69 enthalten sind.

BR/GT I/53 d/70 zat/EV/bm

EUROPAEISCHES PATENTUEBEREINKOMMEN

AUFZEICHNUNG DES VEREINIGTEN KOENIGREICHS ZU EINIGEN ALLGEMEINEN RECHTSFRAGEN

Folgende Punkte betreffen den Vorentwurf von 1970:

1. Artikel 15 - Recht auf das europäische Patent

In Artikel 15 Absatz 1 Satz zwei wird auf "das auf das Beschäftigungsverhältnis anwendbare nationale Recht" Bezug genommen. Dies kann zu Unklarheiten führen. Wir schlagen für den zweiten Satz folgenden Wortlaut vor: "Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer und gewähren die für den Ort, an dem der Arbeitnehmer in der Regel beschäftigt war, zuständigen Gerichte das Recht auf das Patent dem Arbeitgeber oder dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer gemeinsam, so steht das Recht auf das europäische Patent dementsprechend seinem bzw. ihren Rechtsnachfolgern zu."

2. Artikel 24 - 27 und 29 - Verpfändung usw. der europäischen Patentanmeldung (BR/GT I/45/70)

Wir stimmen mit dem Vorsitzenden überein, dass derartige Vorschriften nicht erforderlich sind. Falls sie aufgenommen werden, schlagen wir vor, dass im Uebereinkommen zum Ausdruck gebracht wird, dass sie in bezug auf die europäische Patentanmeldung nur insoweit anwendbar sind, wie sie in bezug auf nationale Patentanmeldungen in den einzelnen Staaten Anwendung finden.

3. Artikel 40

Wir schlagen vor, Artikel 40 Absatz 2 wie folgt zu fassen:

"(2) Hinsichtlich der ausservertraglichen Haftung ersetzt

das Europäische Patentamt den durch seine Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den die ausserververtragliche Haftung betreffenden Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Europäische Patentamt (oder die entsprechende Zweigstelle) seinen Sitz hat."

Die derzeitige Formulierung verursacht völlige Rechtsunsicherheit, jedenfalls während einiger Jahre, bis sich eine Rechtssprechung entwickelt hat. Es wäre vorzuziehen, ein bestimmtes Rechtssystem anzuwenden, selbst wenn dies bedeutet, dass einige Fälle nach einem Rechtssystem beurteilt würden, das dem Patentanmelder etwas fremd ist. Auf dieser Grundlage dürfte es wohl am besten sein, das Recht des Staates zu wählen, in dem das Patentamt seinen Sitz hat.

Die folgenden Kommentare betreffen Artikel, die in dem 1970 veröffentlichten Entwurf nicht enthalten sind.

4. Artikel 154 - Beweisaufnahme (BR/GT I/10/69)

Wir sind grundsätzlich der Ansicht, dass das EPA nicht selbst Nachforschungen anzustellen hat, sondern dass es vielmehr den Beteiligten eines Verfahrens vor dem EPA obliegt, die erforderlichen Beweise zugunsten ihrer Sache zu erbringen. Es werden sich jedoch Fälle ergeben, in denen ein Beteiligter wünscht, einen Zeugen vorzuladen, der nicht bereit ist, vor dem Europäischen Patentamt zu erscheinen. Es sollte ihm die Möglichkeit eingeräumt werden, seine beeidigte Aussage in Form einer Er-

klärung vor einer Person zu machen, die in seinem Wohnsitzland zur Eidabnahme berechtigt ist. Verlangen die anderen Parteien des Verfahrens eines Vernehmung und ist der Zeuge weiterhin nicht bereit, vor dem EPA zu erscheinen, so sollte die Beweisaufnahme im Auftrage durchgeführt werden, erforderlichenfalls im Wege des Rechtshilfeersuchens. Es wäre wohl eine unnötige Strenge, wenn man dem EPA gestatten würde, die Anwesenheit von Zeugen zu verlangen, die zu einer Aussage nicht bereit sind, und diese für das Nichterscheinen oder die Verweigerung der Aussage mit einer Geldbusse zu belegen.

Artikel 154 Absatz 6 lässt die Annahme zu, dass ein solches Verfahren schon beabsichtigt ist; dies scheint jedoch mit Absatz 4 dieses Artikels im Widerspruch zu stehen, und wir glauben, dass Absatz 4 gestrichen werden sollte.

In Artikel 154 Absatz 1 wird unter den Methoden für die Beweisaufnahme die Einnahme des Augenscheins aufgeführt. Soweit dies die Besichtigung mit Zustimmung der Besitzer betrifft, ergeben sich keine Schwierigkeiten. Sollte jedoch beabsichtigt sein, auch die Besichtigung auf Anordnung des Europäischen Patentamts oder nationaler Gerichte aufgrund von Rechtshilfeersuchen des Europäischen Patentamts einzubeziehen, so könnten sich gewisse Schwierigkeiten ergeben. Beamte des Europäischen Patentamts hätten nach den derzeitigen Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs keinerlei Recht auf Zutritt, und die Vorschriften des Foreign Tribunals Evidence Act von 1856, die unsere Gerichte

zur Beweisaufnahme auf Antrag ausländischer Gerichte (und seit 1963 internationaler Gerichte) ermächtigen, gelten nicht für die Einnahme des Augenscheins. Auch in bezug auf die Vorlegung von Urkunden können sich gewisse Schwierigkeiten ergeben. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn wir nähere Angaben über die Absichten erhielten, die hinter Artikel 154 stehen, und zwar insbesondere darüber,

- a) ob es beabsichtigt ist, das EPA zu ermächtigen, die Einholung von Auskünften und die Vorlegung von Urkunden anzuordnen, und ihm das Recht auf Einnahme des Augenscheins zu geben, wobei sich in allen diesen Fällen für uns gewisse Schwierigkeiten ergeben würden, und
- b) ob es beabsichtigt ist, dass unsere Gerichte diese Fazilitäten aufgrund von Rechtshilfeersuchen des EPA einräumen sollen; in diesem Fall müssten wir den Geltungsbereich unserer derzeitigen Rechtsvorschriften erweitern.

Artikel 154 Absatz 5

Wir schlagen vor, dass durch diesen Absatz die Strafgewalt den nationalen Gerichten des Landes übertragen wird, in dem die Beweisaufnahme stattgefunden hat. Befindet sich der Zeuge oder Sachverständige nicht mehr in diesem Land, könnte eine Auslieferung beantragt werden.

5. Artikel 169 - Armenrecht für Anmelder (BR/GT I/10/69)

Wir stimmen dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

6. Artikel 170 - Vollstreckung von Kosten und Geldbussen
(BR/GT I/10/69)

Das Vereinigte Königreich hat gegen Zwangsvollstreckungen grundsätzlich keine Einwände, macht aber zu den Einzelheiten des Verfahrens einige Vorbehalte geltend. Es würde eine allgemeiner gehaltene Bestimmung vorgezogen, wonach die Entscheidung nach ihrer Vorlage zur Zwangsvollstreckung nach Massgabe der Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die Zwangsvollstreckung erfolgen soll, in gleicher Weise wie ein Urteil eines Gerichts dieses Staates vollstreckbar ist. Soweit es für erforderlich gehalten wird, könnte ausserdem vorgesehen werden, dass die Entscheidung ausser hinsichtlich der Echtheit des Titels keiner weiteren Prüfung unterzogen werden darf.

7. Artikel 171 Absatz 5 (BR/GT I/10/69)

Die Bezugnahme im englischen Text auf "any lawyer called to the Bar" (jeder Rechtsanwalt, der zugelassen ist) beruht wahrscheinlich auf einer falschen Uebersetzung des Urtextes. Da sich die britische Anwaltschaft in "barristers" und "solicitors" unterteilt, hätte eine Beibehaltung dieser Formulierung zur Folge, dass ein Solicitor nicht vor dem Europäischen Patentamt auftreten könnte, obwohl er befugt ist, vor dem Britischen Patentamt aufzutreten. Es sollte klar sein, dass jeder qualifizierte Rechtsanwalt, der befugt ist, vor dem nationalen Patentamt des Vertragsstaats aufzutreten, in Patentangelegenheiten auch vor dem EPA auftreten kann.
